

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
1. Kapitel Einleitung	1
I. Geheimnisschutz im Informationszeitalter	2
II. Geschäftsgeheimnisschutz als Teil des zivilrechtlichen Geheimnisschutzes	3
III. Rechtsquellen	4
IV. Begriffsbestimmung	5
A. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse (Wirtschaftsgeheimnisse) nach bisherigem Verständnis	6
B. Know-how	7
C. Begriffsverständnis gemäß GeschäftsgeheimnisRL und UWG-Nov	8
V. Rechtliche Bedeutung und Funktionen des Geschäftsgeheimnisschutzes	9
A. Der Geschäftsgeheimnisschutz als „Privatsphäre“ für Unternehmen	9
B. Der Geschäftsgeheimnisschutz als Ideenschutz	10
C. Der Geschäftsgeheimnisschutz als notwendige Zwischenstufe am Weg zu klassischen Immaterialgüterrechten	11
1. Am Weg zum Urheberrecht	11
2. Am Weg zum Design	12
3. Am Weg zur Marke	12
4. Am Weg zum Patent bzw Gebrauchsmuster	13
D. Der Geschäftsgeheimnisschutz als notwendige Ergänzung der klassischen Immaterialgüterrechte	13
VI. Dogmatische Einordnung und Verhältnis zu anderen Rechtsbereichen	14
A. Zwischen Lauterkeits- und Immaterialgüterrecht	14
1. Eigentum und Geistiges Eigentum	15
2. Konzept des Geschäftsgeheimnisschutzes vor Umsetzung der GeschäftsgeheimnisRL	16
3. Neues Konzept des Geschäftsgeheimnisschutzes	17
4. Ergebnis	19
B. Verhältnis zum Persönlichkeitsrecht	21
C. Verhältnis zum Datenschutzrecht	23
1. Schutz personenbezogener Daten natürlicher Personen durch das Datenschutzrecht	23
2. Schutz personenbezogener Daten juristischer Personen	25
3. Schutz nicht personenbezogener (anonymisierter) Daten	25
4. Verhältnis und Schnittstellen von Daten- und Geschäftsgeheimnisschutz	26
VII. Wirtschaftliche Bedeutung von Geschäftsgeheimnissen	28
VIII. Defizite des bisherigen Geschäftsgeheimnisschutzes	29
A. Fragmentarische materielle Bestimmungen	29
B. Fehlende prozessuale Bestimmungen	31
IX. Gründe für die Harmonisierung und Reichweite der RL	32
A. Gründe für die Harmonisierung	32
1. Stärkung des Schutzes	33
2. Vereinheitlichung des Schutzniveaus	33
3. Förderung von Kooperation und grenzüberschreitenden Innovationstätigkeiten	33

B. Reichweite der Richtlinie	34
2. Kapitel Neue Sonderbestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	37
I. Die neuen materiellen Bestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	42
A. Allgemeines	42
1. Einbettung in das UWG und Verhältnis zu anderen Bestimmungen	42
2. Aufbau	45
3. Auslegung und Umfang der Harmonisierung	46
B. Schutzzusammenfassungen – Definition des Geschäftsgeheimnisses	47
1. Die einzelnen Kriterien	49
a) Informationen	49
b) Geheimnis	50
aa) Nicht allgemein bekannt oder ohne Weiteres zugänglich	51
bb) Weder in ihrer Gesamtheit noch in der genauen Anordnung und Zusammensetzung ihrer Bestandteile	52
cc) Personen in den Kreisen, die üblicherweise mit dieser Art von Informationen umgehen	53
c) Kommerzieller Wert	53
d) Geheimhaltungsmaßnahmen	55
aa) Ratio der Bestimmung	56
bb) Was ist den Umständen entsprechend angemessen?	58
cc) Einzelfall- oder Gesamtbetrachtung	61
dd) Vertragliche Absicherung als angemessene Geheimhaltungsmaßnahme?	62
ee) Maßnahmen durch die Person, die die rechtmäßige Verfügungsgewalt ausübt	63
2. Einzelfragen	63
a) Abgrenzung Geschäftsgeheimnis/Erfahrungswissen	63
b) Informationen über rechtswidrige Praktiken als Geschäftsgeheimnis?	66
c) Nicht unternehmensbezogene Informationen als Geschäftsgeheimnis?	68
C. Schutzdauer	69
D. Geschützter Personenkreis (Inhaber)	70
1. Verfügungsgewalt bzw Kontrolle	71
2. Rechtmäßigkeit	71
3. Umfang der rechtmäßigen Verfügungsgewalt (Aktivlegitimation bei abgeleiteten Rechten)	72
4. Einschränkung auf „Unternehmer“?	73
5. Zuordnung zum Dienstgeber	73
6. Exkurs: Übertragung, Lizenzierung, Zwangsvollstreckung und Verpfändung	76
E. Rechtswidrige Handlungen (Ausschließungsrecht)	79
1. Rechtswidriger Erwerb	80
a) Generalklausel (§ 26c Abs 1 Z 2 UWG)	80
b) Unbefugte Handlungen (§ 26c Abs 1 Z 1 UWG)	81
2. Rechtswidrige Nutzung oder Offenlegung	82
a) Nutzung oder Offenlegung nach rechtswidrigem Erwerb (§ 26c Abs 2 Z 1 UWG)	83
b) Rechtswidrige Nutzung oder Offenlegung nach rechtmäßigem Erwerb (§ 26c Abs 2 Z 2 UWG)	83
aa) Vertragliche Verpflichtungen	84
bb) Sonstige Verpflichtungen	86
3. Unberechtigter Vormann	88
4. Handlungen in Bezug auf rechtsverletzende Produkte	89
a) Rechtsverletzende Produkte	90

b) Verbot des Herstellens, Anbietens und Inverkehrbringens	91
F. Rechtmäßige Handlungen und Ausnahmen	93
1. Grundkonzept: Rechtmäßige Handlungen und Ausnahmen vom Schutz	93
2. Rechtmäßige Handlungen	95
a) Handlungen mit Zustimmung (Lizenzen)	96
b) Erwerb durch unabhängige Entdeckung oder Schöpfung	97
c) Erwerb durch Reverse Engineering	100
aa) Reverse Engineering bei öffentlicher Verfügbarkeit des Produkts	102
bb) Reverse Engineering bei rechtmäßigem Besitz ohne rechtsgültige Beschränkung	103
d) Erwerb durch Ausübung des Rechts auf Anhörung und Information durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertreter	103
e) Generalklausel zum rechtmäßigen Erwerb	105
f) Aufgrund von Gesetzen vorgesehene oder erlaubte Handlungen	105
3. Ausnahmen vom Schutz	106
a) Ausübung des Rechts der Freiheit der Meinungsäußerung und Informa- tionsfreiheit	107
b) Whistleblowing	108
c) Offenlegung von Arbeitnehmern gegenüber ihren Vertretern	112
d) Schutz legitimer Interessen	113
G. Zivilrechtliche Ansprüche	115
1. Allgemeines und Systematik	115
2. Aktivlegitimation, Passivlegitimation und Verjährung	116
a) Aktivlegitimation	116
b) Passivlegitimation und Gehilfenhaftung	116
c) Verjährung	117
3. Verhältnismäßigkeit von Rechtsfolgen	118
4. Unterlassungsanspruch	121
a) Allgemeines	121
b) Umfang und Formulierung	122
c) Erlöschen des Anspruchs	123
d) Verhältnismäßigkeit	124
e) Angemessene Lizenzgebühr als Alternative	124
5. Beseitigungsanspruch	124
a) Allgemeines	124
b) Teilweise Beseitigung	127
c) Verhältnismäßigkeit	128
d) Herausgabe als Alternative (Überlassungsanspruch)	129
6. Zahlungsansprüche	129
a) Alternative Schadensberechnungen	130
b) Verschuldensunabhängiger Anspruch auf angemessenes Entgelt nach § 1041 ABGB	130
c) Positiver Schaden und entgangener Gewinn	131
d) Gewinnherausgabe	132
e) Lizenzanalogie	132
7. Anspruch auf Urteilsveröffentlichung	134
a) Allgemeines	134
b) Zweck der Urteilsveröffentlichung und Talionsprinzip	135
c) Berechtigtes Interesse – Aufklärungsbedürfnis	136
d) Verhältnismäßigkeit	136
e) Abhängigkeit vom Unterlassungsanspruch?	137
f) Formulierung	137
8. Anspruch auf Rechnungslegung und Auskunft?	138

9. Alternative bei nachträglicher Schlechtgläubigkeit	139
a) Allgemeines und Voraussetzungen	139
b) Höhe der Entschädigung	140
II. Schutz im Gerichtsverfahren	141
A. Allgemeines	141
1. Problemstellung	141
2. Frühere unionsrechtliche Vorgaben	143
3. Vorgaben der GeschäftsgeheimnisRL	144
B. Neue Bestimmung im UWG	145
1. Allgemeines – Systematik und Überblick	145
2. Anwendungsbereich	147
3. Faktische Schutzmaßnahmen	149
a) Vorbringen in einleitenden Schriftsätzen	150
b) Generalklausel	152
c) „In-Camera Verfahren“	154
d) Offenlegung	157
e) Nicht vertrauliche Fassung des Urteils	158
4. Rechtlicher Schutz offengelegter Geheimnisse	159
a) Geheimhaltungspflicht und Verwertungsverbot	159
b) Ende der Geheimhaltungspflicht und des Verwertungsverbots	163
C. Bestimmungen in der ZPO	164
1. Verweigerung der Urkundenvorlage bzw der Mitwirkung	164
2. Aussageverweigerungsrechte	165
3. Einschränkung der Akteneinsicht	165
4. Ausschluss der Öffentlichkeit	166
III. Einstweilige Verfügungen	166
A. Praktische Relevanz	166
B. Neue Bestimmungen zum Verfügungsverfahren	167
1. Allgemeines – Subsidiäre Anwendbarkeit der EO	167
2. Antragstellung und Bescheinigung	168
3. Sicherungsmittel	169
4. Prozessualer Geheimnisschutz im Verfügungsverfahren	171
5. Verhältnismäßigkeit	172
6. Sicherheitsleistung	173
7. Rechtfertigungsklage	174
8. Aufhebung der einstweiligen Verfügung	174
9. Schadenersatz	175
IV. Zuständigkeit und anwendbares Recht	176
A. Internationale Zuständigkeit nach der Brüssel Ia-VO	176
B. Zuständigkeit nach JN	177
C. Anwendbares Recht	179
V. Checklisten	179
A. Checklist – Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen	180
B. Checklist – Vertragsgestaltung	183
VI. Zusammenfassung: Geschäftsgeheimnisschutz und Arbeitsrecht	185
A. Allgemeines	185
B. Zuordnung eines Geschäftsgeheimnisses zum Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ..	186
C. Abgrenzung des freien Erfahrungswissens von geschützten Geschäftsgeheimnissen	187
D. Angemessene Schutzmaßnahmen gegenüber und durch Arbeitnehmer	188
E. Informations- und Auskunftsrechte, Korrespondenz mit Vertretenen und	
Whistleblowing	190
F. Verwertung von Wissen nach dem Ende des Arbeitsverhältnisses	193
G. Vorgehen gegen (ehemalige) Arbeitnehmer	197

H. Vorgehen gegen neue Arbeitgeber	199
I. Auswirkungen der neuen Rechtslage auf die Gestaltung von Dienstverträgen ...	199
VII. Allgemeiner lauterkeitsrechtlicher Geschäftsgeheimnisschutz	202
3. Kapitel Exkurs: Strafrechtlicher (Geschäfts-)Geheimnisschutz	203
I. Allgemeines	203
II. Strafbestimmungen im UWG	206
A. Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	206
B. Missbrauch anvertrauter Vorlagen	207
III. Strafbestimmungen im StGB	208
A. Kernbestimmungen	208
1. Auskundschaftung eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses	208
2. Auskundschaftung eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses zugunsten des Auslands	209
3. Verletzung eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses	210
B. Sonstige verwandte oder in Zusammenhang stehende Bestimmungen	211
1. Verletzung von Berufsgeheimnissen	211
2. Verletzung des Briefgeheimnisses und Unterdrückung von Briefen	212
3. Widerrechtlicher Zugriff auf ein Computersystem	213
4. Verletzung des Telekommunikationsgeheimnisses	214
5. Missbräuchliches Abfangen von Daten	214
6. Missbrauch von Tonaufnahme- oder Abhörgeräten	215
7. Missbrauch von Computerprogrammen oder Zugangsdaten	215
8. Geheimer Nachrichtendienst zum Nachteil Österreichs	216
9. Amtsgeheimnis	216
Anhang	219
I. Übersicht zivilrechtlicher Geschäftsgeheimnisschutz	219
A. Verbotstatbestände/Ausschließungsrecht	219
B. Erlaubnistatbestände und Schranken	221
II. Übersicht strafrechtlicher Geschäftsgeheimnisschutz (Kernbestimmungen)	222
III. Entsprechungstabelle	224
IV. Gesetzestexte	226
 Stichwortverzeichnis	 261